

# IWF für Erbschafts- Schenkungs- und Vermögensteuer

Familienunternehmen sind die Triebkraft der Vermögens- und Einkommenskonzentration

In dem neuen Bericht des Internationalen Währungsfonds wird die Konzentration des Vermögens und der verfügbaren Einkommen hervorgehoben. In Übereinstimmung mit vielen anderen Untersuchungen wird für Deutschland eine vor allem seit 2000 wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft durch Reichtums Konzentration bestätigt.

Der Bericht sieht die Ursache dieser Fehlentwicklung in den Familienunternehmen. Dabei zählen zu den Familienunternehmen auch Großunternehmen wie BMW (mit den Familien Stefan Quandt und Susanne Klatten). Im Vordergrund dieser Eigentümerunternehmen steht die Trennung von Eigentum und Leitung, eine zentrale Ursache der wachsenden Ungleichverteilung.

Die Studie ist eine Lobrede auf den Erfolg der vielen deutschen Familienunternehmen. Im Mittelpunkt stehen die steigenden Gewinne, die auch auf expandierenden Exportmärkten auch in China erzielt werden.

Die Gewinnexpansion führt jedoch am Ende zur Wohlstandssteigerung der Eigentümerunternehmen.

Der IWF verweist auf die angeeigneten Gewinne und die hohen Sparquoten, über die das Vermögen wächst. Dagegen entwickeln sich die Arbeitseinkommen in oftmals nicht mitbestimmten erfolgreichen Familienunternehmen sehr langsam.

Der IWF fordert deshalb nun auch wirksame Erbschaft- und Schenkungssteuern gegen die durch Familienunternehmen vorangetriebene soziale Spaltung. Sie bremsen den leistungslosen Zuwachs des Reichtums. Auch die Vermögensteuer wäre ein Mittel die angeeigneten Gewinne für den Ausbau der Infrastruktur nutzbar zu machen und der wachsenden Spaltung der Gesellschaft zu begegnen.

Ordnungspolitisch wird gefordert, das Vermögen an Unternehmen nicht in der Familienoligarchie zu konzentrieren, sondern auf viele kleine Aktionäre zu verteilen. So sollte für Start-ups der Börsengang einfacher und billiger werden.

Alle, die schon lange fordern, ökonomischen Erfolg und Effizienz für gerechte Einkommensverteilung zu nutzen, können sich jetzt auch auf den IWF berufen.

Die Finanzminister und die Finanzpolitiker sollten diese Studie rasch zur Kenntnis nehmen, ebenso die Familienunternehmen..